







# Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 22. März 1917.

Am Bundesratspräsidenten Dr. Helfferich, Graf v. Moltke, Präsident Dr. Stampp eröffnete die Sitzung um 1 Uhr 30 Minuten.

## Die zweite Beratung

des Umlages des Innens wurde in der Spezialkommission fortgesetzt.

Ein. Reihe von Kapiteln wurde ohne Ausfertigung bemittelt.

## Rein. Titel Reichsschulskommission fragte

Abg. Schulz-Greif (Soz.) nach dem Stande der Reform der Einjährig-Freiwilligen-Prüfung. Anlässlich der Erforschung des Krieges erhebe eine Verfassung der Dienstzeit nicht mehr angedacht. Auch militärische Sachverständige, wie General v. Gumbert, hätten sich gegen dieses Vorrecht ausgesprochen. Auch mit dem Schulwesen liege die Einjährig-Freiwilligen nicht zu verbinden. Dagegen solle man die Volksschulen besser ausstatten. Die vom Hauptstaatsrat empfohlene Reichsschulkommission sei ungenügend. Ein Reichsschulgesetz wäre die beste Lösung. Mit der Frage der Fortbildungsbildung könne die Verfassungsfrage zusammen. Für die vor Ablauf der Zeit zum Militärdienst eingezogenen Verbliebenen müsse im Interesse des Sonderwerks etwas geschehen, am besten durch Sonderkurse. Die Schule dürfe nicht zu politischen Zwecken missbraucht werden. Für die Fragen der Kriegsprüfungen, Schulurteile und der freiwilligen Ausbildung müsse die Materie in einer interministeriellen Debatte erörtern.

Abg. Kaufhoff (Nepos.) Die jetzige Prüfungsform für Einjährig-Freiwillige ist nicht geeignet nachzuweisen, ob der Betreffende wirklich die wissenschaftliche Weiterbildung hat. Ein gewisses Mindestmaß des Wissens ist freilich notwendig. Der junge Leutnant hat sich auf den Schlachtfeld und in der Garnison bewährt, auf ihn können wir stolz sein. Andererseits ist das Einjährig-Freiwilligenrecht eine Schranke für andere tüchtige Männer, die sich militärisch ausgebildet haben. Es sollte auch die technische und berufliche Ausbildung bei der Berechnung von Einjährig-Freiwilligen in Betracht gezogen werden. Einjährig-Freiwilligen der militärischen Vorbereitung der Jugend sollten aus halb militärischen Vorlesungen gemacht werden. Ein Schulabschluss ist unerlässlich. Die Einberufung einer Reichsschulkommission lehnen wir ab, nachdem ich bereits das preussische Abordnetenenhaus mit dem gleichen Gegenstand beauftragt hat.

Abg. Verhagen (Nepos.) Was der Vortrager über das Einjährig-Freiwilligenrecht gesagt hat, unterbreite ich vollständig. Was die Reichsschulkommission angeht, so bin ich gegen jede Zentralisation des deutschen Schulwesens. Die Zentralisierung im südlichen Schulwesen wäre eine schwere Gefahr.

Ministerdirektor Dr. Ewald: Es ist wohl kaum noch nötig, gegen die Reichsschulkommission zu polemisieren. Sie würde tatsächlich die Übertragung des Schulwesens auf das Reich bedeuten. Das Schulwesen ist aber doch ein ganz wesentlicher Besitz der Einzelstaaten. Das Einjährig-Freiwilligenrecht wird nach dem Kriege aeraert werden müssen. Was die Weiterführung für Kriegsprüfungen anbelangt, so wird für diejenigen, die Ärzte, Rabbiner oder Tierärzte werden wollen, eine Nachprüfung notwendig sein die höchstens bis zur ärztlichen Vorprüfung ausbleiben ist.

(Schluss in der Nachmittags-Ausgabe.)

# Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 22. März 1917.

Vorsitzender Graf Schwerin-Löwitz eröffnete die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Die Beratung der Petition des Gemeindevorstandes von Alkershof und anderer über Schaffung eines Kassenvereins, der geeignet ist, die durch den Krieg überaus vergrößerte Notlage der ländlichen Vororte Großbritanniens zu erleichtern, wurde fortgesetzt.

Die Kommission beantragte Überweisung der Petition zur Erwägung.

Ein Antrag der Freirepublikaner, Nationalliberalen, des Zentrum und der Konserverativen (Antonia Wehr, Freiw.) wollte die Petition zur Berücksichtigung überweisen.

Abg. Casell (Vot.): Erst gestern ist der Antrag zur Berücksichtigung eingegangen, ohne doch man sich mit uns darüber in Verbindung gesetzt hat. Anlässlich dieses Vorgehens der Regierung beantragte ich Zurückverweisung der Petition an die Kommission. Ähnliche Anträge, wie der der Petition zugrunde liegende beschlagnahmte das Haus wiederholt und wurden stets mit großer Mehrheit abgelehnt. Minister v. Tollwitz trat energisch der Forderung entgegen, diesen Fallausnahmefall in das Zweckverbandsgesetz einzuarbeiten. Mit dem Vorschlag ausgleich ein Experiment bei Groß-Berlin zu machen, ist ungedenkbar. Der Ausgleich der Kriegskosten ist Sache des Reiches; sie können hier nicht in Frage. Schulden und Armenlasten sind in Berlin viel größer, als in den östlichen Vororten. Die Behauptung, viele Vorortgemeinden fänden vor dem Konkurs, ist lächerlich. Die Selbstverwaltung kann nicht bestehen, wenn ihr Fehlen angeleitet werden, wie es die Petenten wollen, das eine Gemeinde die Steuern, die ihr zufliessen, nicht für sich verbräuden, sondern für fremde Zwecke verwenden soll. Ansondere wird ein Ausgleich der Schulden gefordert. Nach der Verfassung sind die Schulden in erster Linie von den Gemeinden selbst zu tragen. Ein Teil der Verfassung für das ganze Land außer für Berlin bestehen bleiben. Einjährig ist der Einwand, Berlin habe früher die Einmündigung der Vororte abgelehnt. Zur Zeit des Ministers Herfurth hat sich die Berliner Stadtverordnetenversammlung für eine Eingemeindung in großem Umfang ausgesprochen. Die Angelegenheit schickerte damals, und die folgenden Minister waren anderer Meinung als Herfurth. Jetzt, da alle Volksschichten mit allen Mitteln durchzuhalten streben, sollte man Berlin die Freude an der Selbstverwaltung nicht verweigern.

Geheimrat v. Conrath: In der Kommission haben die Regierungsdirektoren nur für ihre Resolutions getreten, die das Staatsministerium sich mit der Sache noch nicht beschäftigt hat. Ganzobwohl berührt es die Regierung, das

staatliche Mittel nicht in Anspruch genommen werden sollen. Die Unterschiede in den einzelnen Gemeinden in Bezug auf Schul-, Armen- und Wohlfahrt sind sehr erheblich. Wenn die Leistungsfähigkeit der Gemeinden hinsichtlich in Frage gestellt wird, muß auf Abhilfe Bedacht genommen werden.

Abg. Dr. Lippmann (Nepos.): Die föderalistische Verfassung von 1881 über die Einführung der Sozialpolitik stellte den Grundgedanken auf, daß es Aufgabe des Staates sei, sich der Schwächeren anzunehmen. Dieser Grundgedanke trifft auch hier zu. Eine staatliche Mittel wird nicht erachtet werden können. Eine richtige Abgrenzung der Staats- und Gemeindefunktionen ist vor allem nötig. Den ärmeren Gemeinden müssen Mittel zur Verfügung gestellt werden. An anderen Kommunalteilen bestehen ähnliche Verhältnisse. Eine Ausnahmebegünstigung für Berlin wäre gefährlich. Die Kreislasten müssen den ärmeren Gemeinden möglichst in vollem Maße ersetzt werden.

Geheimrat Schwarz: An der mäßigen Lage der Berliner Vorortgemeinden kann nicht angezweifelt werden, aber staatliche Mittel können nicht ohne weiteres in Aussicht gestellt werden. Die Staatsregierung arbeitet dauernd an der Lösung dieser schwierigen Frage.

Abg. Büttnerling (Centr.): Die Selbstverwaltung der Gemeinden darf nicht beschränkt werden. Die reichen Gemeinden Groß-Berlins kaufen den ärmeren das Blut ab. Ein Weg zum Ausgleich muß gefunden werden.

Abg. Casell (Nepos.) von dem Antrag auf Zurückverweisung an die Kommission zurück.

Abg. Hähnisch (Soz.) nahm diesen Antrag wieder auf. Der Antrag auf Zurückverweisung an die Kommission wurde abgelehnt, der auf Überweisung zur Berücksichtigung angenommen.

Der Gesetzentwurf betreffend die Verkaufsbeschränkung wurde ohne Erörterung der Wohnungspreis-Kommission überwiehen.

Es folgte der Bericht der verfassten Staatshaushalts-Kommission betreffend

Verrechnung des Marktes durch die R. G. O.

Die Kommission beantragte, das Haus der Abgeordneten solle erklären:

- 1. Die Staatsregierung möge Sorge tragen, daß Grundbesitz geschaffen, die die Verbilligung der Preisbildung und Gewinnabschaltung bei den Bezugs- und Provinzialstellen für die Lebensmittelverteilung regeln.
- 2. Es empfiehlt sich, daß die R. G. O. den örtlichen landwirtschaftlichen Handel mehr als bisher am Ankauf und zur Lagerung ihrer Waren beratet. Dem ist auch für die Übergangszeit nach dem Kriege die Ausnutzung des freien Handels besser als bisher vorbereitet. Desgleichen erachtet, soweit inreand möglich zur Zeit eine stärkere Strömung des freien Handels zur Einfuhr aus den neutralen Staaten empfehlenswert.

Verständlicher Abg. Lippmann (Nepos.): Die R. G. O. verteilt die Waren nicht mehr, sondern gibt sie an Untergetriebenen in Bezirken und Provinzen ab, von denen wir nicht wissen, ob sie den gemeinnützigen Grundgedanken, seinen übermäßigen Gewinn zu erzielen und etwa gemachten Gewinn an das Reich abzuführen.

(Schluss in der Nachmittags-Ausgabe.)

# Provinz Sachsen und Umgebung

## Krankheiten, Unglücks- und Todesfälle

Qorshäulen, 22. März. (Oekonomierat Böhl.) Gestorben ist in der letzten vergangenen Nacht der seit langen Jahren hier seinen Ruheort habende kaiserliche Oekonomierat Böhl noch im jungen Alter von 70 Jahren. Ein festlicher und allgemein beliebter Mann, der viele Jahre das Rittergut im Stadtkreise Grimberode als Pächter bewirtschaftet und seine ganze Seelenkraft für das Wohl der Landbevölkerung eingesetzt hat, wo er nur immer konnte. Ganz besonders hat er sich um den „anderrückständig in Berlin der noelenden Tag“ verdient gemacht, in dessen Schriftleitung und Redaktion er fortgesetzt hat, was vor sehr langer Zeit geschehen ist. Auch unsere Stadt nahm in landwirtsch. Sachfragen seinen Rat und seine Sachkenntnis in Anspruch. Sein Andenken wird bei allen, die ihn kannten, in Ehren bleiben.

Qimena, 22. März. (Vom Buge erfasst und getötet.) Der Vorkämpfer des Wohlwills im nahen Sauerbode hat nun, nachdem der letzte Anschlag unternommen wurde, dem Buge zu nahe und wurde von ihm erfasst. Mit gerührtem Minterkopf wurde er als Leiche unter dem Buge hervorgezogen; der Tod muß auf der Stelle eingetreten sein.

Qassel, 22. März. (Wieder die Petroleumflamme.) Die 16 Jahre alte Tochter des Leiters der hiesigen hiesigen Fabrikfabrik wurde am 20. März durch eine Petroleumflamme in der Küche in Brand und brach in schwerliche Wunden am ganzen Körper bei. Im Brandfrankenhaus, wohin sie gebracht wurde, erlag die Frau ihren Verletzungen.

Qinnshöfen im Qorshäulen, 22. März. Von einem Qeherstrafen (Schöllchen) als der Fernbedienter der hiesigen Fabrik wurde eine Revision vornehmen wollte, wurde plötzlich ein Schuss, durch den der Oberwachmeister sofort getötet wurde. Der Schuss wurde von dem im Innern der Fabrik stehenden Sohn des Wirtshausbesitzeres Kreck abgegeben, der vor kurzem wegen Diebstahlsverbrechen vom Militär entlassen worden war.

# Aus Halle und Umgebung

## Erhöhung der Reichs- und Karoskizenteuerung — Herabsetzung der Protration

Auf Grund der neuesten Erhebungen wird mit dem 15. April d. d. eine Erhöhung der jetzigen Karoskizenteuerung eintreten in dem Sinne, daß wieder fünf Pfund für die Ferion gewährt werden sollen. Desgleichen wird von demselben Termin ab die Reifikationation auf ein Pfund für Person und Pocher allgemein festgesetzt werden. Im Zusammenhang mit diesen Erhebungen wird vom 15. April ab eine etwa 25prozentige Herabsetzung der gegenwärtigen Protration stattfinden. Die bestehenden Zulagen, mit Ausnahme der jugendlichen, sollen weiter gewährt werden, allerdings auch unter Kürzung um 25 Prozent.

## Rechnungen zur VI. Kriegsaufnahme

Die Norddeutsche Knappschäfts-Versicherungsgesellschaft anderthalb Millionen und ebenfalls der Sächsische Knappschäftsverein.

# Börsen- und Handelsteil

Berlin, 22. März. Die telegraphischen Ausbaltungen teilen sich heute wie folgt:

Waren-Nachricht	Preis	Preis
Holland	24 1/4	24 1/4
Dänemark	198	198
Schweden	179	179
Norwegen	169	169
Schweden	119	119
Estland-Litauen	79	79
Bulgarien	79	82

## Berliner Börsennotierungen

Berlin, 22. März. Von der Entwicklung, die die Lage in Bezug auf den vorliegenden Nachrichten zu nehmen scheint, erwarten die Börsenteile zu mindere eine Schwächung der Wertpapiere an der Börse. Dies und die für uns günstige militärische Lage liegen die Nachrichten über amerikanische Kriegsbereitungen nämlich in den Vordergrund treten. Die Aufwärtsbewegung sehe sich bei etwas höherem Geldfuß auf nahezu allen bisher bevorzugten Gebieten fort. Die Rührung hatten wiederum Monometalle, doch auch Banken, Schiffahrt, Rüstungs- und Eisenwaren waren gefragt. Von Nebenwerten sind besonders die Aktien der Schiffbau- und Schiffbauwerke zu erwähnen. Anträge zu höheren Kursen bestanden für die Aktien russischer Banken, da das geplante Vorhaben gegen die deutschen Aktionäre anlässlich nicht zur Durchführung kommen soll. Der Aktienmarkt zeigte bei wenig veränderter Kursen wie bisher gutes Aussehen.

## Produktenbericht

Berlin, 22. März. Wenn der gegenwärtige Frost auch nicht sehr leicht zu sein vermag, so ist doch die notwendige Frosthöhe, die den Boden unter der Schneedecke, worüber in den Kreisen der Landwirtschaft viel geredet wird. Im Hinblick auf den Wintererfolg ist sich wenig bedarft. Infolge der Erhöhung der Ölpreise ist die neue Ernte bei sich in den letzten Tagen ein leichteres Gehen in Sommerzeiten und Sommererträgen zur Saat ermittelte. So ergab sich die Ernte weniger bedauerlich, eben so auch. Dagegen hält der Wunsch bei den Anbauern an, doch ist das Angebot an den erntebereiten Preisen nur gering. Das Geschäft in Erntedellen ist ruhiger geworden. Die Rubinen von Anhalt werden durch den Mangelmangel beeinträchtigt. Bericht: Weidert.

## Letzte Telegramme

Das Kohlenfeuerfest Berlin, 23. März. Der Hauptausbruch des Reichstages setzte als Zeitpunkt für das Anfratreten des Kohlenfeuerfestes den 1. August 1917, für das Aufbruchzeit den 31. Juli 1920 fest. Er benötigte damit die erste Leistung des Gelebenswertes.

(Wiederholt. Ehen in einem Teil der getriggen Nachmittags-Ausgabe enthalten.)

## Die „Möde“ von der zweiten Kreuzfahrt zurück

27 Schiffe mit 123 100 Tonn aufgebracht Berlin, 22. März. (Amlich.) S. M. S. Kreuzer „Möde“, Kommandant Burggraf und Graf zu Dohna-Schlodien ist von seiner zweiten, merkwürdigen Kreuzfahrt im Atlantischen Ozean nach einem heimischen Kriegsschiffen zurückgekehrt. Das Schiff hat 22 Dampfer und fünf Segler mit 123 100 T. Besatzung, darunter 21 feindliche Dampfer, von denen acht benannt waren, und fünf im Dienst der englischen Armada mitgeführt, und vier feindliche Segler, angebracht.

S. M. S. Dampferkreuzer „Möde“ hat 593 Gefangen mitgebracht.

## Der Bericht des Großen Hauptquartiers

Großes Hauptquartier, 22. März.

## Westlicher Kriegsschauplatz

Zwischen Lens und Arras kam es nach lebhaftem Artilleriefeuer zu Gefechten von Grundausbruch. Im Landstrich beiderseits von Somme und Oise liefen Zusammenstöße vorgeschobener Abteilungen fort und nach. Bei Gisors und Wiff in dem Nordsee von Wiffen sind französische Bataillone zurückgeworfen worden. Auf dem linken Maasufer wurde durch Feuer auf die feindlichen Gräben ein sich vorbereitender Angriff unterbrochen. Von Brüssel in die französischen Linien am Maas. Marie-Royal, nördlich von Verdun, bei St. Mihiel und an Stellung der Bagelen im Salme-Val brachen unsere Sturmtruppen ab und angriffen zurück. Drei feindliche Russen sind abgefallen worden.

Das von Prinz Friedrich Karl von Preußen geführte Flugzeug ist von einem Flug über die feindlichen Linien zwischen Arras und Yperne nicht zurückgekehrt.

## Ostlicher Kriegsschauplatz

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern bei Sabereina, Mittels von Lida, brangen unsere Stoßtruppen in 4 Kilometer Breite über die vorderen russischen Gräben bis zur zweiten Stellung durch, griffen an und die Verteidigungsanlagen und Kisten mit 25 Gefangenen, zwei Neusekanten, sechs Maschinengewehren und 14 Minenwerfern zurück.

An der Front des Generalobersten Grafen von Kroschakow

Stoßtruppe des Generalfeldmarschalls v. Radenken lebte die Gefechtsfähigkeit auf.

Mazedonische Front

Die von unseren Truppen am 20. März gewonnenen Gebiete nördlich von Manabi waren gestern das Ziel heftiger französischer Angriffe, die sämtlich fehlgeschlagen sind. Der französische Oberbefehlshaber hatte ein schwächeres Verbleiben in der Seen-Gaas.

## Der Erste Generalquartiermeister

Cubersdorff.

Der politische Teil: Dr. Eiman; für Beratung Börsen und Handelsteil: W. Götting; für Centraldeutsche, Deutsche und Sport: S. Wiermann; für den übrigen Teil: Dr. Eiman; für den Anzeigenenteil: O. Reibow, sämtlich in Halle.